



**Keine Versprechen
& keine Lügen**

**Weniger reden
& mehr handeln**

**Politik einfach
& verständlich**

**In einem Land,
in dem es vielen
Menschen gut geht,
sollte es niemandem
schlecht gehen**

Grundsatzprogramm
für die
politische Arbeit der

DPD

Demokratische Partei Deutschlands



Inhalt

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus Mehr aktive Demokratie	2
Der Staat ist für den Bürger da - nicht umgekehrt! Schutz der Privatsphäre	4
Effiziente Staatsmodernisierung Entbürokratisierung	6
Ein gerechtes Modell zur effizienten Vereinfachung des Steuersystems Die Einheitssteuern	8
Ein Modell zur Grundsicherung und Reformierung der sozialen Sicherungssysteme Variables Grundeinkommen	10
Reformierung des Bildungssystems Mehr Bildung für alle	11
Familienpolitik, die diesen Namen verdient Mehr Chancen für Familien	13
Ein geordneter Aufbruch in die Zukunft Wirtschaftspolitik mit Zukunft	16
Ein Modell zum effizienten Klimaschutz Unser Maßnahmen-Katalog	18
Gesunder Menschenverstand im Auftrag des Bürger Unsere politischen Werte	19
Terrorabwehr im Cyberspace ? Informationelle Selbstbestimmung	20
Bessere Drogenaufklärung der Bevölkerung - neues Bewusstsein über Suchtmittel Neue Drogenpolitik	22
Gesellschaftliche Neuordnung durch eine neue Geisteshaltung Neue Staatsbürgerschaft	24

Mehr aktive Demokratie

Vorteile:

- Aktive Beteiligung der Staatsbürger an politischen Entscheidungen
- Bürgerentscheid, Bürgerbegehren und Bürgerbefragung bei allen wichtigen Entscheidungen
- Direktwahlen von Bundeskanzler, Bundespräsident, Minister, Bürgermeister und Landräten
- Partizipative Bürgerhaushalte für mehr Beteiligung der Staatsbürger an den Haushalten
- Stärkung der Rechte für die Staatsbürger

Die DPD setzt sich für mehr aktive Demokratie ein. Die Staatsbürger sollen durch mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten aktiv am Staatsgeschehen mitwirken können. Damit soll dem Verfassungsziel der Volksherrschaft („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) genüge getan werden. In einer Demokratie mit mehr direkten Entscheidungsmöglichkeiten ist eine aktive Teilhabe an politischen Prozessen für die Staatsbürger gesichert. Jedes staatliche Mandat soll durch die Bürger in direkten Wahlen bestimmt werden. Sie sollen auch die Möglichkeit haben in einem Misstrauensvotum ein Parlament, eine Partei, einen Mandats- oder Funktionsträger abzuwählen. Bürgerentscheid, Bürgerbegehren und Bürgerbefragung sollen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene eingeführt werden um die Teilhabe der Staatsbürger an den politischen Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Durch partizipative Bürgerhaushalte soll die Beteiligung der Bürger an der kommunalen Haushaltspolitik ermöglicht werden. Der Staatsbürger ist damit nicht nur Wähler, sondern er kann administrativ in Entscheidungen der Volksvertreter eingreifen oder sie vorgeben. Damit hat der Staatsbürger im Zweifelsfall immer das letzte Wort. Dies soll verhindern, dass die Staatsbürger in eine Politikverdrossenheit verfallen und durch die daraus entstehende Wahlmüdigkeit die Regierungen diktatorische Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Durch direkte Bürgerentscheide haben die Staatsbürger eine vorbeugende Kontrollfunktion, jedoch auch eine nachhaltige Kontrollmöglichkeit. Eine Reform des Wahlrechts auf kommunaler, Länder- und Bundesebene soll das Kumulieren und Panaschieren der Stimmen ermöglichen. Nach Forderung der DPD sind der Bundespräsident, der Kanzler, die Minister, die Bürgermeistern und die Landräte der Bundesrepublik Deutschland direkt vom Volk zu wählen. Die jetzige Struktur von Kommune, Land und Bund ist beizubehalten, eine der Anzahl der Sitze in allen Parlamenten auf ein angemessenes Maß wird angestrebt. Wahlen sollen erst bei einer Wahlbeteiligung von 2/3 der Wahlberechtigten gültig sein. Das Parlament soll nur zu 100% besetzt werden wenn auch 100% der Wahlberechtigten gewählt haben.



Stimmen von Nichtwählern und ungültige Wahlzettel sollen prozentual von den zu vergebenden Parlamentssitzen abgezogen werden. Sie sollen nicht besetzt werden.

Die Aufwandsentschädigung der Mandatsträger und Beamten soll an das Einkommen der Staatsbürger gekoppelt werden. Alle Politiker sollen von ihren Bezügen und Diäten, ebenso wie die Staatsbürger, in die Sozialkassen einzahlen. Vollzeit-Politiker sollen keine Nebentätigkeiten ausüben und auch keine weiteren Bezüge erhalten dürfen.

Sollten Mandatsträger abgewählt werden oder aus den Gremien ausscheiden, so sollen sie ein Übergangsgehalt in gleicher Höhe für die Dauer von maximal 3 Monaten bekommen.

Die Staatsbürger sollen für die Beteiligung an den Wahlen eine Entschädigung erhalten. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist durch einen Bürgerentscheid zu verabschieden.

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 252 Würzburg
am 18. September 2005

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreisabgeordneten

Erststimme

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
= maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien =

Zweitstimme

<p>1 Lehrieder, Paul Erster Bürgermeister, Hochstadt Geckhofen, Hauke 14</p>	<p>CSU Christlich-Sozialer Union in Bayern e.V.</p>	<input type="radio"/>	<p>CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. Dr. Günther Strauß, Michael Glos, Klaus Fritzsche, Dr. Günther Beckstein, Wolfgang Schäfer</p>	<input type="radio"/>	<p>1</p>
<p>2 Kolbow, Walter Parlamentarischer Staatssekretär, Mitglied des Bundestages Würzburg Gartenhof Poststraße 28-38</p>	<p>SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p>	<input type="radio"/>	<p>SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ulrich Gellert, Heidemarie Schmidt, Olaf Scholz, Susanne Kastner, Wolfgang Schäfer</p>	<input type="radio"/>	<p>2</p>
<p>3 Friedl, Patrick Regionaler Minister Würzburg Katharinen 1</p>	<p>GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>	<input type="radio"/>	<p>GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Claudia Roth, Hans-Joachim Fell, Christine Schick, Jutta Meißner, Dietrich Böhler</p>	<input type="radio"/>	<p>3</p>
<p>4 Kracht, Moritz Student Würzburg Gartenhof 3</p>	<p>FDP Freie Demokratische Partei</p>	<input type="radio"/>	<p>FDP Freie Demokratische Partei Sabine Lautenschlager, Hans-Joachim Fell, Dr. Martin Strenz, Dr. Peter Stöckert, Hans-Joachim Fell</p>	<input type="radio"/>	<p>4</p>
<p>5 Seifert, Berthold Leitender Sachverständiger Allgemeiner Erdbeerbau Wühlhof 18</p>	<p>REP DIE REPUBLIKANER</p>	<input type="radio"/>	<p>REP DIE REPUBLIKANER Juliane Göttsche, Berthold Seifert, Alfons Grottel, Hans-Joachim Fell, Dietrich Böhler</p>	<input type="radio"/>	<p>5</p>
<p>6 Brechtel, Beate Bürgermeisterin Würzburg Verbacher Str. 23b</p>	<p>DIE LINKE. Die Linkepartei POS</p>	<input type="radio"/>	<p>DIE LINKE. Die Linkepartei POS Klaus Fritzsche, Eva-Birgit Schiller, Katharina Meißner, Michael Bauer, Amy Heide</p>	<input type="radio"/>	<p>6</p>
<p>7 Meenen, Uwe Verlagsleiter Würzburg Katharinen 18</p>	<p>NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands</p>	<input type="radio"/>	<p>NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands Ralf Dier, Grottel, Franz Schäfer, Dr. Thomas Möller, Steffen Hilberich</p>	<input type="radio"/>	<p>7</p>
<p>8 Rühl, Adelheid Katholische Gemeinschaft Sankt-Elisabeth-Str.</p>	<p>PBC Partei Bürgerlicher Christen</p>	<input type="radio"/>	<p>PBC Partei Bürgerlicher Christen Johannes Schuster, Erich Freudenberger, Thomas Rühl, Beate Rühl, Adelheid Rühl</p>	<input type="radio"/>	<p>8</p>
			<p>BP Bayernpartei Andreas Schäfer, Michael Kern, Michael Kern, Peter Zeh, Axel Müller</p>	<input type="radio"/>	<p>9</p>
			<p>DIE FRAUEN Feministische Partei DIE FRAUEN Ulrich Gellert, Heidemarie Schmidt, Ulrike Jahn, Barbara Schäfer, Sabine Schäfer, Adelheid Rühl</p>	<input type="radio"/>	<p>10</p>
			<p>GRAUE DIE GRAUEN - Graue Panther Erich Freudenberger, Klaus Fritzsche, Michael Bauer, Ralf Dier, Ulrich Gellert</p>	<input type="radio"/>	<p>11</p>
			<p>BÜSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität Eva-Friederike Schäfer, Hans-Joachim Fell, Grottel, Dietrich Böhler</p>	<input type="radio"/>	<p>12</p>
			<p>FAMILIE FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS Wolfgang Schäfer, Grottel, Michael Bauer, Hans-Joachim Fell, Dietrich Böhler, Ulrich Gellert</p>	<input type="radio"/>	<p>13</p>
			<p>MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Andreas Schäfer, Johannes Schuster, Thomas Rühl, Beate Rühl, Adelheid Rühl</p>	<input type="radio"/>	<p>14</p>

**Der Staat ist für den Bürger da -
nicht umgekehrt!**



Schutz der Privatsphäre

Vorteile:

- Persönliche Grund- und Freiheitsrechte werden gestärkt
- Schutz des Bürgers vor verdachtsunabhängigen staatlichen Eingriffen
- Angemessenheit der sicherheitspolitischen Maßnahmen
- Eigentumsrechte werden als Grundlage individueller Freiheit und der Bürgergesellschaft gesichert
- Verhinderung eines Überwachungsstaates

Das Engagement für die Freiheit in Deutschland und der Welt ist eine Aufgabe, die Augenmaß braucht. Konzentration auf das Wesentliche tut Not. Die Privatsphäre ist der Kern persönlicher Freiheit. Sie muss gegen den Zugriff staatlicher Macht ebenso verteidigt werden, wie gegen Übergriffe aus der Gesellschaft. Wir verstehen die Freiheit als höchsten Wert, Garant von Menschenwürde und Basis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Daraus leitet die DPD ihr politisches Handeln ab.

Prinzipien wie Sicherheit, Gleichheit oder soziale Gerechtigkeit werden zunehmend gegen das Recht auf Privatheit in Stellung gebracht. Wuchernde Bürokratien, Obrigkeitsdenken, aber auch gedankenlose Bequemlichkeit untergraben den Sinn für den Wert des Privaten. Für vermeintlich höhere Zwecke und Pflichten soll der Bürger auf die Privatsphäre scheinbar freiwillig verzichten. Er soll zum „gläsernen Untertan“ werden und eine „öffentliche Anstaltsordnung“ akzeptieren.

Die Persönliche Freiheit bildet das zentrale Rechtsgut im demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaat. Die persönlichen Freiheitsrechte garantieren den Bürgerinnen und Bürgern die Privatsphäre und sind damit Abwehrrechte des Individuums gegen staatlichen Übergriffen.

In neuerer Zeit wird die persönliche Freiheit indessen immer mehr eingeschränkt; die Zahl der staatlichen Interventionen nimmt beständig zu. Unter dem Deckmantel der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung werden rechtsstaatliche Standards zunehmend ausgehöhlt. Dies gilt für den Datenschutz ebenso wie für den Schutz der Privatsphäre und diverse Verfahrensrechte.

Verschiedene politische Kreise leiten aus dem Terrorismus - immer gestützt auf Einzelfälle - ein Bedürfnis nach zusätzlichen Regelungen, Gesetzen und Kontrollen ab. Oft geht dabei der Blick fürs Ganze und für die Verhältnismäßigkeit verloren. Effektive Sicherheitspolitik muss zwingend den Schutz der Freiheitsrechte beinhalten.

Die DPD sieht daher im großen Lauschangriff, Einführung von Handyüberwachung, Videoüberwachung von unbescholtenen Bürgern, heimlichen Online-Durchsuchungen von Computern, Biometripässen, digitalen Fingerabdrücken und Speicherung von Fluggastdaten massive Eingriffe in die Grundrechte der Bürger und einen Angriff auf die Menschenwürde. Wir lehnen diese Maßnahmen grundsätzlich ab.



Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Geldwäscherei, Terrorismus und Steuerbetrug werden Finanztransaktionen und andere Bankgeschäfte unbescholtener Bürger akribisch durchleuchtet. Das Bankkundengeheimnis wird permanent

zur Disposition gestellt. Heute haben staatliche Stellen wie z. B. das Finanzamt oder BAföG-Amt jederzeit verdachtsunabhängigen Zugriff auf private Bankkonten!

Auch das Abhören von Telefongesprächen oder die Kontrolle des E-Mail-Verkehrs sind geeignet, die persönlichen Freiheitsrechte erheblich einzuschränken. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht weiterhin wie Kriminelle behandelt werden. Das hat die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen nicht verdient - sie verdient den Schutz des Staates, aber nicht sein Misstrauen. Die Privatsphäre einschließlich des Schutzes vor Datenmissbrauch, die Unverletzlichkeit des Hausrechts sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis müssen gewährleistet werden.

Eine der zentralen Aussagen der DPD lautet: soviel Staat wie nötig, so wenig wie möglich. Das bedeutet konsequenten Bürokratieabbau auf allen staatlichen Ebenen und die Umkehr der Beweislast. Beamtete Dienstleistungen sind auf Kernaufgaben des Staates zu beschränken. Der Bürokratie- und Bevormundungsstaat kostet nicht nur zu viel Geld, er kassiert auch zu viel Freiheit.

Die DPD macht sich für eine freiheitliche Bürgergesellschaft stark. Im Mittelpunkt dieser Bürgergesellschaft muss der aktive Bürger stehen. Die Bürgergesellschaft lebt von dem Engagement aller bürgerschaftlichen Kräfte. Bürgerliche Freiheit und bürgerliche Verantwortung haben Vorrang gegenüber den Ausprägungen des Bevormundungsstaates. Denn jeder Mensch braucht Freiheiten um eigene Anlagen und Fähigkeiten entfalten und verwirklichen zu können. Ohne Freiheit ermüdet der menschliche Geist, verfällt Kreativität in Kultur und Wissenschaften, stagniert die Wirtschaft. Die Bürgergesellschaft wird durch Bürokratieabbau und Deregulierung gestärkt. Der Bevormundungsstaat muss deutlich zurückgedrängt werden, damit die Bürgergesellschaft ihre Wirkung erzielen kann.

Die Idee der Freiheit ist gefährdet, denn durch die Gewöhnung an den bevormundenden Wohlfahrtsstaat sinken die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Es drohen die Entmündigung der Mündigen, weniger Entfaltungsmöglichkeiten auf eingeschränkten Märkten, weniger Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen. Für eine freiheitliche Bürgergesellschaft bedarf es eines selbstverantwortlich handelnden Bürgers, nicht eines bevormundeten und betreuten Untertans. Daher muss die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Bürgergesellschaft wieder zum Credo der Politik werden. Hierzu ist jetzt ein Anstoß zu mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement dringend nötig!

Die DPD setzt sich gerade für den Schutz der Schwächeren durch Stärkung des Rechtsstaats ein. Durch einen funktionierenden Rechtsstaat können Sie darauf vertrauen, dass Sie in Sicherheit leben können und Sie in Konflikten und Streitfällen fair und ohne Rücksicht auf ihr Vermögen und ihre gesellschaftliche Stellung behandelt werden.

Die Selbstbestimmtheit des Menschen, Toleranz und wenig staatliche Bevormundung kennzeichnen die Politik der DPD. Persönliche Freiheit bedeutet auch Freiheit vor bürokratischen Zwängen.

Entbürokratisierung

Vorteile:

- Enorme wirtschaftliche Einsparpotentiale
- Effizienzsteigerung durch Modernisierung des Verwaltungsapparates
- Bürgerfreundliche Verwaltung
- Investitionssicherheit für Bürger und Unternehmen
- Reformierung eines veralteten Beamtentums
- Konsequenter Ausbau des E-Governments

Die DPD setzt sich für einen konsequenten Bürokratieabbau ein und fordert eine grundlegende Verwaltungsmodernisierung. Sie ist davon überzeugt, dass die bisher eingeführten Maßnahmen und Regierungsprogramme zu keinem merklichen Erfolg geführt haben. Die ausgeuferte Bürokratie ist nicht mit den derzeit gängigen Instrumentarien der Politik einzudämmen und führt zu einer großen Unzufriedenheit der Bürger. Bürokratie mit sich selbst zu bekämpfen ist der falsche Weg. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der etablierten Politik ist hierbei drastisch. Die DPD fordert für Deutschland ein neues Gesamtkonzept zur Neuordnung des Staates mit einem Minimum an notwendiger Bürokratie. Denn Bürokratie lähmt den Fortschritt. Die getroffenen Maßnahmen des „Bürokratie-TÜV's“ und des Standard-Kosten-Modells sind richtige aber unzureichende Schritte. Eine konsequente Entbürokratisierung verlangt grundlegendere Veränderungen.

Deshalb fordert die DPD zur Reformierung der Sozialsysteme die Einführung eines Grundeinkommens. Von dem enormen Verwaltungsapparat sind besonders die deutschen Unternehmen betroffen. Konsequenter Bürokratieabbau führt hier zu einer jährlichen Entlastung in der Größenordnung von mehreren Mrd. Euro.

Die DPD fordert außerdem mehr Bürgernähe der Verwaltung, ein einfaches und überschaubares Regelwerk und eine grundlegende Verschlankung des Staatsapparates. Insbesondere das deutsche Beamtensystem verlangt nach einer grundlegenden Erneuerung. Die DPD fordert hier die Einführung eines markt- und zeitüblichen Leistungsprinzips in das Beamtentum. Das Beamtentum auf Lebenszeit soll abgeschafft werden.

Die Einführung der „Umkehr der Beweislast“ soll dort, wo es sinnvoll erscheint, die Regel werden. So sollte es künftig die Norm sein, dass im Falle eines gestellten Antrages dem Verwaltungsapparat nur ein bestimmter Zeitraum für eine Entscheidung bleibt, nach deren Ablauf der Antrag als bewilligt gilt. Der Bürger braucht Planungssicherheit. Dem Bürger muss grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet werden, behördlich geforderte Anträge, wie im Meldewesen der Einwohnermeldeämter, Kfz-Zulassungsstellen, Steuererklärung, Rentenauskünfte oder die Einreichung von Schriftsätzen bei Gericht, via Internet zu stellen. Die DPD fordert den konsequenten Ausbau des E-Governments.

Längst überfällig ist die Einführung eines Zentralgewerbeamtes, eines Zentralhandelsregisters oder eines Einwohnermeldeamtes im Internet. Deutschland braucht eine Modernisierung des Staatsapparates.

Hierdurch wird der einzelne Bürger ebenso wie die Unternehmen von staatlichen Pflichten befreit und somit gestärkt. Deutschland sollte positive Ansätze zur Entbürokratisierung auch aus anderen Ländern schnell aufgreifen.



Die Einheitssteuer

Vorteile:

- Einheitliche Steuersätze
- Hohe Steuergerechtigkeit
- Positive Beschäftigungs- und Wachstumswirkung
- Minimierung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung
- Klare Kalkulierbarkeit
- Konsequenter Bürokratieabbau

Das Konzept der DPD sieht vor, alle Einkünfte mit einem progressiven Steuersatz und alle Umsätze mit einer einfachen Einheitssteuer zu belasten, um sowohl Steuerlücken als auch Doppelbesteuerungstatbestände zu beseitigen.

Die DPD sieht in der Einführung des progressiven Steuersatzes und der Einheitssteuer den radikalsten Ansatz zur Reformierung der Steuersysteme.

Die Einheitssteuer ist dazu geeignet, die Wirtschaft zu entfesseln, da kein Individuum, kein Haushalt, keine Firma in Zukunft berücksichtigen muss, dass komplizierte Steuerregeln ihre ökonomischen Aktivitäten behindern. Die Einheitssteuer unterscheidet zwischen Grundbedarf, Bedürfnissen und Luxusartikel.

Darüber hinaus wird die progressive Einkommenssteuer Gerechtigkeit schaffen und nicht zuletzt trägt die Einheitssteuer zum konsequenten Abbau der Bürokratie bei. Alle Ausnahmeregelungen, alle Subventionen sollen beseitigt werden. So wird es möglich, soweit überhaupt noch nötig, eine Steuererklärung abzugeben, die auf einem einzigen Blatt Papier Platz findet.

Forscher haben z.B. übereinstimmend festgestellt, dass das System der Einheitssteuer „Flat-Tax“ umso besser funktioniert, je niedriger die Steuersätze sind. Denn desto eher sind die Bürger bereit, ihre Steuern zu zahlen und desto attraktiver ist das Modell auch für in- und ausländische Investoren. Einzige Grundbedingung ist: Das staatliche System, Steuern einzutreiben, muss funktionieren.

Die DPD geht in Übereinstimmung mit führenden Wirtschaftswissenschaftlern davon aus, dass ein niedrigerer Steuersatz zu erwünschten neuen Investitionen führen kann.

Die Argumente zur Einführung einer Einheitssteuer liegen auf der Hand: Die Einheitssteuer erlaubt es, Einkünfte in größerem Umfang als bisher abschließend an der Quelle zu besteuern (Abzugsteuer, Quellensteuer).

Der Anreiz, Einkommen zwischen Personen oder Besteuerungsabschnitten zu verschieben, wird verringert. Es spielt keine Rolle mehr, welchem Jahr oder welcher Person eine Einnahme zugeordnet wird, denn der Steuersatz ist immer gleich. Die Diskussion um das Ehegattensplitting wird entschärft, weil es auch hier keine Rolle spielt, welcher Ehegatte wie viel zum Familieneinkommen beisteuert. Bei jedem Ehegatten ist der Steuersatz gleich hoch. Die Einteilung in Lohnsteuerklassen erübrigt sich.

Die Einheitssteuer wird ein Höchstmaß an Klarheit und Einfachheit im Einkommensteuerrecht schaffen und so zu einer einfacheren Steuererklärung führen. Auf diesem Wege lässt sich gleichzeitig eine Grundsicherung mit minimalem Verwaltungsaufwand realisieren.

Die Grunderwerbsteuer, die Schenkungsteuer, die Erbschaftsteuer, sowie die Kapitalertragsteuer (ab 2009 Abgeltungssteuer) können mittelfristig gänzlich abgeschafft werden. Der Charme des Systems liegt darin, dass wirtschaftliche Entscheidungen, insbesondere die über Investitionen, nicht mehr durch steuerliche Kalkulationen vereitelt werden. Die Einheitssteuer ist zudem das ideale Mittel gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Das Wirtschaftswachstum wird beschleunigt. Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit bleibt erhalten. Die Steuerlast nimmt mit steigendem Einkommen zu.



Variables Grundeinkommen

Vorteile:

- Gesichertes Grundeinkommen für jeden Bürger
- Gerechte Absicherung
- Erneuert veraltete Sozialsysteme
- Neue Rahmenbedingen in der Wirtschaft
- Variable Unter- und Obergrenzen bei Gehältern

Die DPD setzt sich für ein grundgesetzlich garantiertes Grundeinkommen ein. Hierunter versteht die DPD ein allen deutschen Staatsbürgern zustehendes Grundeinkommen mit existenzsicherndem Charakter. Das Grundeinkommen soll ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang oder -verpflichtung jedem deutschen Staatsbürger von Geburt an zustehen. Das Sozialsystem muss erneuert werden. Die Kosten sind zu hoch, der bürokratische Aufwand für Staat und Bürger viel zu groß. Es bedarf grundlegender Veränderungen. Da zur Finanzierung der Sozialsysteme einfach nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und durch die fortschreitende Automatisierung weiter abgebaut werden könnten, bedarf es einer neuen Finanzierungslösung. Die DPD setzt sich dafür ein, dass auf Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen Sozialabgaben zu leisten sind. Ohne eine weitere Einnahmequelle droht die weitere Ausuferung des Hartz-IV-Dilemmas. Der mit den offensichtlichen Problemen konfrontierte Gesetzgeber versucht durch ständige Gesetzesanpassung den Problemen Herr zu werden und sorgt hierdurch nur umso mehr für unklare rechtliche Verhältnisse – für Bürger ebenso wie für Staatsbeamte. Die Sozialgerichte werden mit Klagen betroffener Bürger überhäuft. So zieht sich das Problem durch alle drei Staatsgewalten und führt zu lähmenden Stillstand – all dies zu Lasten des hilfeschendenden Bürgers. Das Modell der DPD bietet eine einfache und logische Lösung: Die Einführung eines grundgesetzlich verankerten Grundeinkommens als staatlich garantiertes Existenzminimum abhängig vom Status des Antragstellers. Der DPD schwebt außerdem ein gestaffeltes Modell vor: Das garantierte Grundeinkommen soll ohne Auflagen gewährt werden, für Arbeitswillige soll es eine Aufstockung geben. So müssen Arbeitsunwillige nicht mehr durch die Agenturen genötigt werden, damit sie den gesetzlichen Anforderungen zum Erhalt von Sozialleistungen nachkommen. Dies erspart viel Ärger, Zeit und Kosten. Die DPD fordert zudem, dass kein Lohn unter dem maximal erreichbaren Grundeinkommen liegen darf.

Mehr Bildung für alle

Vorteile:

- Optimiertes Lernen durch durchgängige Einführung von Ganztagschulen
- Fachliche Qualifikation statt Berufsbeamtentum
- Einführung eines Bildungssicherungssystems nach TÜV oder Europa-Norm
- Einheitliche Schulpolitik auf Bundesebene
- Freie Bildung für alle

Die DPD fordert eine umfassende und konsequente Reform des bestehenden Bildungssystems. Bildung ist der wichtigste Rohstoff in unserem rohstoffarmen Land. Es muss ein Umdenken stattfinden, das auch vor einer Förderung von Eliten nicht zurückschreckt, denn nur so kann gesellschaftlicher Fortschritt und Innovation erreicht und im Rahmen der zunehmenden Globalisierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden. Es ist nötig Anreize zu schaffen, die schulische und akademische Höchstleistungen unmittelbar erstrebenswert machen und dabei in alle Gesellschaftsschichten vordringen. In einer Wissensgesellschaft, muss das Wissen auch in den Mittelpunkt des Lebens gerückt werden, sonst kann sie nicht produktiv sein.

Bildung sollte deshalb so früh wie möglich beginnen. Eine Kindergartenpflicht ab der Vollendung des dritten Lebensjahres ist, als sinnvoller Mechanismus zur frühen Erkennung und Entwicklung der Begabungen bzw. von Defiziten, einzuführen. Die kontinuierliche Weiterbildung von Erziehern und die Finanzierung neuer Kindergartenplätze ist somit besonders wichtig. Vom Staat muss für jedes Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten hat der Staat dem Erziehungsberechtigten eine monatliche Entschädigung zu zahlen.

Der Schuleintritt eines Kindes sollte von entsprechend ausgebildetem Personal individuell festgelegt werden, so dass, bei vorliegender Schulfähigkeit, schon ein Beginn vor dem siebenten oder sogar sechsten Lebensjahr möglich ist. Um ausreichende sprachliche Fähigkeiten zu vermitteln, sollen zudem Aufbaukurse Pflicht vor dem eigentlichen Schuleintritt werden.

In der Grundschule sollte Fremdsprachenunterricht als Pflichtfach eingeführt werden. Das Überspringen von Klassen bei besonders guten Schülern, muss wesentlich häufiger in Betracht gezogen werden. Nach der vierten Klasse erscheint es außerdem sinnvoll sämtliche Schüler an einem schulischen Leistungstest teilnehmen zu lassen. Die Ergebnisse sollten jedoch nicht zur Einstufung in Haupt-, Realschule oder Gymnasium herangezogen werden, denn diese Schulformen sind zugunsten der Gesamtschule abzuschaffen, sondern sie sollten lediglich für die bessere Erkennung von Kindern, die besonderer Förderung oder speziellen Unterrichts bedürfen, genutzt werden. Also sowohl Lernbehinderter, wie auch Hochbegabter. Alle anderen Schüler gehen danach auf eine Gesamtschule in der durch Kurse in den Hauptfächern nach Leistung unterteilt wird.



Ab der Orientierungsstufe fordern wir die Einführung von Ganztagschulen, inklusive Hausaufgabenbetreuung für die Schüler, und speziellen Förderunterrichts für Hochbegabte und Lernbehinderte. Lernschwächere Kinder müssen besonders nach ihren Fähigkeiten gefördert werden. Eventuell dann auch im Bereich handwerklicher Fertigkeiten. Dies soll ein optimiertes Lernen sichern und schafft so eine bessere Chancengleichheit. Um fachliche Kompetenz zu sichern, ist es absolute Pflicht, dass es an jeder Schule mindestens einen Psychologen gibt.

Eine stärkere Beteiligung der Schulen an Wettkampf-Projekten, z.B. „Jugend forscht“, Mathematikolympiaden etc., ist anzustreben. Die schulprojektbezogene Einstellung von nicht-pädagogischen Fachleuten soll möglich werden.

Die allgemeine und die fachgebundene Hochschulreife sind in der Regel nach 13 Schuljahren, die Fachhochschulreife ist in der Regel nach 12 Schuljahren zu erreichen. Die Praxis den Schülern, die nach der 12. Klasse abgehen, ohne weitere Prüfung die Fachhochschulreife zu bescheinigen muss beendet werden.

Die DPD fordert eine stärkere Unterstützung von Problemschulen. Die länder- bzw. bezirksspezifische Problematik soll durch massive finanzielle und strukturelle Förderung von Problembezirken und -schulen ausgeglichen werden.

Die Zugangsvoraussetzung für Universitäten muss, anders als momentan in Hessen, die allgemeine und die fachgebundene Hochschulreife, bzw. für ein Masterstudium der Bachelor-Abschluss, sein. Die Fachhochschulreife, die Meisterprüfung etc. darf nur als Berechtigung zu einem Studium an Fachhochschulen anerkannt werden. Master-Abschlüsse und Promotionen sollen ausschließlich von Universitäten vergeben werden. Fachhochschulen sind also als ein deutsches Äquivalent zu den amerikanischen Colleges einzustufen. Die Anzahl der Semester, die studiert werden darf, erhält, je nach Regelstudienzeit, eine angemessene obere Begrenzung. Ist diese erreicht, wird der Studierende exmatrikuliert.

Die DPD ist für eine Förderung durch staatliche Stipendien oder Fördergelder.

Das Berufsbild des Lehrers ist ebenfalls an die geänderten Bedingungen anzupassen.

Die Biographie des Lehrers und seine fachliche Qualifikation, und nicht die Zuteilung über den Staatsapparat, muss über dessen Einstellung entscheiden. Die Personalauswahlhoheit liegt zukünftig bei der Schule.

Die Schulpolitik soll auf Bundesebene entschieden werden.

Die DPD fordert eine deutschlandweite Qualitätssicherung in der Bildung durch kooperativen Leistungswettbewerb unter Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Durch jährliche Vergleichsarbeiten auf der Basis eines national festgelegten Qualitätsstandards, wird Transparenz über die Effektivität der einzelnen Einrichtungen geschaffen. In Deutschland ist die Qualitätssicherung im Dienstleistungssektor bereits selbstverständlich. Jede renommierte private Erwachsenenbildungsschule hat bereits ein Bildungs-Qualitätssicherungssystem nach TÜV oder nach Europa-Norm. Die festgestellten Evaluationsergebnisse jeder Einrichtung, die durch ein staatlich finanziertes externes Kontrollgremium von praxiserfahrenen Berufspädagogen ermittelt werden, motivieren zu besseren pädagogischen Ansätzen oder Veränderungen.

Mehr Chancen für Familien

Vorteile:

- Verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Weiterbildung in der Babypause
- Flexibler Wiedereinstieg ins Berufsleben
- Liberalisierung des Adoptionsrechts
- Spezielle Ausbildung für Familienrichter und Gutachter
- Einhaltung bestimmter Qualitätskriterien vom Gericht bestellter Gutachter

Die DPD setzt sich für eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft ein, bei der Gleichberechtigung aller Bürger eine elementare Grundvoraussetzung darstellt. Der demografischen Entwicklung muss durch umsichtige Familienpolitik Einhalt geboten werden, Deutschland hat weltweit eine der niedrigsten Geburtenraten. Umfragen bestätigen den derzeitigen gesellschaftlichen Missstand. Als Hauptgründe für den fehlenden Nachwuchs werden in aller Regel genannt: 1. die Schwierigkeit, die Familienplanung und Erwerbstätigkeit ohne berufliche Nachteile miteinander zu verbinden, 2. schlichte finanzielle Gründe, 3. fehlende oder nicht ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie 4. nicht vorhandene Stabilität der Ehe. Sämtliche Versuche, finanzielle Befürchtungen durch eine Erhöhung des Kindergeldes oder einer „Babyprämie“ auszumerzen, sind gescheitert. Hinsichtlich der finanziellen Bedenken kann das von der DPD geforderte Grundeinkommen Abhilfe leisten. Die DPD möchte den Familien Stabilität geben durch entsprechende Beratungsstellen sowie Familienhelfern. Für die geeignete Umsetzung ist jedoch unbedingt eine Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten notwendig.

Eine flächen- und bedarfsdeckende Kinderbetreuung unter professioneller Leitung ist eine zentrale Forderung der DPD für die Familienpolitik in Deutschland. Der Gesetzgeber muss die Grundlage setzen und Anreize dafür schaffen, dass in staatlichen oder privaten Betreuungseinrichtungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung bei der Versorgung und Ausbildung der Kinder eine kindgerechte Betreuung möglich ist.

Auch eine Betreuung in Ganztagskindergärten mit wesentlich flexibleren Öffnungszeiten muss möglich und bezahlbar sein. Wir wollen zudem eine Pflicht zum Kindergartenbesuch für alle Kinder, um frühzeitig eine Integration und damit eine Chancengleichheit in der schulischen Laufbahn zu erreichen.

Die DPD möchte besonders Alleinerziehenden helfen, Beruf und Kind in Einklang zu bringen. Neben einer Kinderbetreuungsreform, welche jungen Eltern echte Wahlfreiheiten lässt, sollen zudem mehr Hilfen für überforderte Eltern bereitgestellt werden. Der Problematik der Verwahrlosung und Kinderarmut muss mit einer neuen Form der Familienfürsorge entgegengewirkt werden.



Die mit einem vorübergehenden Ausstieg aus dem Berufsleben auftauchenden Schwierigkeiten für ein sich der Erziehung widmendes Elternteil müssen neben dem Ausbau der Kinderbetreuung auch auf andere Weisen wirksam verringert werden. Eine kindergerechte Familienpolitik verlangt die Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen für einen erleichterten und flexiblen Wiedereinstieg der betroffenen Eltern ins Berufsleben. Zu verbessern sind etwa die Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung während der Familienphase. Erziehungspersonen muss das Angebot einer bezahlbaren Weiterbildung im eigenen Heim bereitgestellt werden.

Die DPD fordert zudem eine Liberalisierung des Adoptionsrechts.

Der Staat muss seinen Bürgern wieder zutrauen, selbst zu entscheiden, ob sie die Möglichkeit für eine angemessene Kinderziehung besitzen. Ein liberalisiertes Adoptionsrecht bietet für betroffene Kinder allemal eine bessere Perspektive als ein Aufwachsen im Heim.

Auch in der Liberalisierung des Adoptionsrechts liegen Möglichkeiten, der demografischen Entwicklung, die auf eine Überalterung der Gesellschaft hinausläuft, wirksam entgegenzutreten. Ein massiver Ausbau der psychologischen und materiellen Unterstützung im Falle einer ungewollten Schwangerschaft soll zudem Abtreibungen verhindern.

Ein weiterer Aspekt ist die häufig unterschätzte, beinahe tabuisierte Problematik der Scheidungsflut und der Scheidungs- und Trennungskinder in Deutschland. Bei einer seit dem Jahr 2001 konstant über 50 Prozent liegenden Scheidungsrate verbietet es sich, die damit zwangsläufig einhergehenden Problematiken zu ignorieren.

Viel zu selten wird nach Ansicht der DPD vor Konsultierung eines Rechtsanwaltes der Gang zu einem geschulten Mediator oder einer anderweitig mit den spezifischen Problemen einer Scheidung geschulten Institution angetreten.

Die Folgen sind jährlich mehr als 200.000 Scheidungen in Deutschland. In etwa der Hälfte der Ehescheidungen sind minderjährige Kinder davon betroffen. Insgesamt gibt es in Deutschland etwa 3 Millionen Kinder, die dauerhaft von einem Elternteil getrennt leben müssen.

Insbesondere wenn minderjährige Kinder von der Trennung der Eltern betroffen sind, muss mehr Aufklärung über die Problematik der Scheidungs- und Trennungskinder geleistet werden. Oft ist auch den Eltern nicht bewusst, welche verheerende Auswirkungen der Verlust der Bezugsperson für ein minderjähriges Kind haben kann.

Die Einführung eines ernsthaften Vermittlungsversuchs durch eine speziell dafür ausgebildete Institution als Voraussetzung für die wirksame Einreichung eines gerichtlichen Scheidungsantrages ist ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der „Massenindustrie“ Ehescheidung mit einem Jahresumsatz von 20 Milliarden Euro.

Auch im Umgangs- und Sorgerecht muss ein Umdenken geschehen. Das unflexible Residenzmodell, nach welchem der getrennt lebende Elternteil sein Kind bzw. seine Kinder nur alle 2 - 4 Wochen am Wochenende in der Obhut hat, sollte grundsätzlich ersetzt werden durch das flexiblere Wechsel- oder Doppel-Residenzmodell.

Dieses Modell, das in Ländern wie Frankreich, Belgien oder Italien die gängige Praxis darstellt, wird am ehesten der für eine gesunde emotionale Entwicklung des Kindes notwendigen Eingebundenheit in das Alltagsleben beider Elternteile gerecht. Die DPD vertritt zudem die Ausrichtung des Trennungs- und Scheidungsrechts nach dem Cochemer Modell. Grundkenntnisse in der Kinderpsychologie sollten alle beteiligten Personen haben, also Richter am Familiengericht, Rechtsanwälte mit Schwerpunkt Familienrecht, Verfahrenspfleger, Gutachter und Mitarbeiter des Jugendamtes. Die Jugendämter müssen unter Rechts- und Fachaufsicht gestellt werden, damit schwerwiegende Entscheidungen voll überprüft werden können. Um Abhängigkeiten und „Gefälligkeitsgutachten“ zu verhindern, sollen Verfahrenspfleger und Gutachter nicht länger ausgewählt, sondern entsprechend den Geschäftsverteilungsplänen der Gerichte einem Rotationsprinzip unterliegen. Daneben will sich die DPD ebenfalls für eine effiziente und vor allem flexible Betreuung der Alten stark machen. Hier bedarf es vor allem eines wesentlich besseren Angebotes an Kurzzeitpflegeplätzen.



Wirtschaftspolitik mit Zukunft

Vorteile:

- Keine Ideologien und Glaubensbekenntnisse mehr
- Sinnvolles Nutzen der Fakten und der logischen Zusammenhänge
- Neue Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt
- Für eine soziale Marktwirtschaft – Gegen Lohndumping und 1-Euro-Jobs

Ein funktionierender Rechtsstaat ist Grundvoraussetzung für eine soziale Marktwirtschaft. Der freie Markt kann seine unübertroffene Fähigkeit zur Schaffung von Wohlstand und zur Bekämpfung von Armut nur voll entfalten, wenn er über einen stabilen Rechtsrahmen verfügt. Die Ausgestaltung dieses Rahmens ist einer der Hauptinhalte liberalen Denkens und Anliegen der DPD. Als ausgewiesener Anwalt der Bürger sorgt die DPD für lösungsorientierte und sozial verträgliche Ansätze, um den Problemen mit einem Blick für das Ganze entgegen zu treten.

Auch wenn Unverbesserliche der Globalisierung fast den bewaffneten Kampf angesagt haben, ist und bleibt festzustellen, dass Deutschland ein Gewinner der Globalisierung ist.

Die DPD wird dafür sorgen, dass es auch so bleibt. Aus den letzten 30 Jahren wissen wir, dass die Konzepte unserer Altvorderen für die neuen Herausforderungen nur bedingt tauglich sind. Eindeutig dokumentiert durch die Massenarbeitslosigkeit, den Abgabenschwung, die unübersichtliche Renten- und Sozialproblematik der Versorgungsnetze, sowie last but not least, der Benzin- und Dieselpreise. Hierzu sind die Antworten der DPD zum einen die Einheitssteuer für Unternehmen und Bürger, um diesen eine breitere Investitions- und Planungssicherheit zu gewährleisten. Zum anderen das Grundeinkommen, welches jedem Einzelnen der Gesellschaft eine Basisversorgung sichert.

Die Wirtschaft als Ganzes und die Wirtschaftspolitik im Besonderen ist ein sehr komplexes Gebilde mit ihren immanenten Problemen im strukturellen, organisatorischen, fiskalischen und arbeitsmarktpolitischen Feld.

Wir wollen nicht vergessen, dass zur Freiheit des Ertragsstrebens, auch Verantwortung und Kontrolle gehört, fest verankert in den Werten, für die unser Land steht.

Wirtschaftspolitik gelingt nur, wenn sie das Spannungsfeld aus Produktion, Markt, Arbeit, Ertrag und Recht geordnet, unter Leistungsprinzipien und Weltmarktbedingungen solidarisch umsetzt. Es ist ein Anliegen der DPD, dass nicht notwendige Beeinträchtigungen des Wirtschaftskreislaufs zurückgefahren werden und ein weltmarktorientiertes Herstellen von Produkten und Dienstleistungen, Erfindungen und technischen Innovationen erleichtert und sinnvoll gefördert wird.

Fest steht, dass soziale Verantwortung genauso zur Wirtschaft gehört, wie der notwendige Absatzerfolg.



Daher sieht es die SPD als notwendig an, dass die Löhne und Gehälter an den Unternehmenserfolg gekoppelt werden. Sowohl bei Gewinn als auch bei Verlusten müssen die dementsprechenden Maßnahmen getroffen werden. Klar ist, dass eine Volkswirtschaft investieren muss und nicht nur sparen darf. Dies bedeutet ausschließlich Investitionen in Infrastruktur, in neue Technologien und ähnlichem, also in Sachen und nicht in Konsum oder nur in Zinsen.

Der technische Fortschritt und die Steigerung der Effektivität erhöhen das Einkommen. Die Höhe der Löhne bestimmt das Preisniveau, das bedeutet aber nicht, dass niedrige Löhne für Absatz sorgen, sondern hochwertige Produkte, intelligente Technik und Verfahren aufgrund ihrer Qualität durchaus einen angemessenen Preis haben dürfen. Spitzeneinkommen oder hohe Lohnanteile finanzieren sich somit durch die Güte der hergestellten Produkte oder angebotenen Dienstleistungen.

„Made in Germany“ muss wieder dafür stehen, wofür es einmal stand, nur so können wir unser Niveau sichern.

Die SPD fordert somit angemessene Löhne für hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Der Arbeitsmarkt gehört vollkommen neu reguliert. Der in vielen Bereichen herrschende Lösungsansatz: „Weniger Geld und soziale Leistungen für mehr Arbeitszeit und Arbeitsleistung“ ist ein Irrweg. Dies ist eindeutig dokumentiert durch die Arbeitslosenzahlen und die Weltmarktanteilsverluste auf der einen und dem stetigen Wegfall sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze auf der anderen Seite.

Die SPD wird dafür sorgen, dass der Arbeitsmarkt neu reguliert und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bewusst und nachhaltig gefördert wird. Dies wird erreicht durch sinnvoll auf den Sachzusammenhang abgestimmte Gesetze und Verordnungen.

Die Wirtschaftspolitik muss ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit verbinden. Nur so kann die Freiheit des Einzelnen gesichert und die ständig steigende Eigenverantwortung unterstützt und gestärkt werden.

Somit ist es unabdingbar, dass die Wirtschaftspolitik auf gemeinsamen und anerkannten Werten beruht und nicht ausschließlich das rein Materielle in den Vordergrund stellt. Das bedeutet aber auch, dass sie veränderungsfähig, also den Erfordernissen des Weltmarktes anpassbarer wird. Die Wirtschaftspolitik muss ideologie- und glaubensbekenntnisfrei gestaltet werden. Ebenso wichtig ist hierbei die Realisierung der nötigen Kreativität und Toleranz. Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren unter diesen neuen Bedingungen ist ein chancengleiches Bildungssystem für alle, das dafür sorgt, dass die notwendigen Voraussetzungen im mentalen Bereich geschaffen werden, die Ressource Mensch so einzusetzen, dass die Herausforderungen der Globalisierung und die Anforderungen der komplexen Märkte erfolgreich gelöst und bearbeitet werden können.

Es wurde eindeutig bewiesen, dass Subventionen und diverse Arbeitsmarktbeschaffungsaktivitäten keine dauerhaften Arbeitsplätze generieren konnten. Dies gelingt nur durch technische Innovationen und die Bereitschaft der Handelnden auch neue Wege ins Kalkül zu ziehen. Die SPD wird dafür sorgen, dass technische Innovationen, neue Technologien und die dafür notwendige Bildung und Ausbildung an herausragender Stelle in unserer Gesellschaft positioniert werden. Somit wird sich die Handlungsgeschwindigkeit den notwendigen Prozessänderungen der Globalisierung anpassen.

Unser Maßnahmen-Katalog

Vorteile:

- Konsequente Förderung der alternativen Energien
- Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen
- Nachhaltiger Schutz unserer natürlichen Ressourcen
- Aktive Teilnahme am Umweltschutz

Die Verringerung bis hin zum Verzicht auf Verbrauch von fossilen Stoffen als Energielieferanten stehen auf der Dringlichkeitsliste ganz oben. Genauso gravierend sind aber der Schutz des Trinkwassers, der Meere und der Böden. Damit einhergehen müssen Maßnahmen zum Stopp des Waldsterbens. Die Luftreinhaltung von schädigenden Stoffen bedarf ebensolcher Anstrengungen. Wasser- und Bodenschutz können nicht isoliert betrieben werden, darum führen regenerative Maßnahmen nur im Einklang zum Erfolg.

Einleitung zum Maßnahmenkatalog:

Solange fossile Energieträger verbrannt werden und dadurch CO₂ emittiert, Phosphate aus Gülle in die Böden sickern und dadurch Flüsse und in Folge Meere verseuchen, Herbizide ungehindert auf Felder aufgebracht werden können, sind weitere böse Schäden nicht zu verhindern. Wenn der Energiebedarf für Klimaanlagen größer bleibt als der für Heizenergie allein in den westlichen Ländern, steht es schlecht um den Klimaschutz. Dieser Bedarf wird sich zwangsläufig durch die Humanpopulation und durch steigende Temperaturen vergrößern. Alle erforderlichen Maßnahmen werden jedem Einzelnen auch größere Opfer abverlangen. Die DPD wird für einen unpopulären aber effizienten Klimaschutz eintreten. Geldwerte Belastungen sollen nur zweckgebunden für Umweltmaßnahmen ausgegeben werden.

Maßnahmen die die DPD unterstützt:

- Anlagen zur Nutzung des Erdreichs zur Wärmeerzeugung
- Anlagen zur Nutzung des Erdreichs zur Kälteerzeugung
- Beleuchtungsanlagen mit geringem Energiebedarf
- Maschinen mit Solarstromerzeugung
- Maschinen mit solarer Energieeinspeisung
- Anlagen zur Gewinnung von Strom ohne CO₂-Ausstoß
- Reduktion von Faulgasen in der Tierhaltung

Unsere politischen Werte

Vorteile:

- Politik hat Vorbildfunktion
- Vertrauen in die Politik und in die politisch Handelnden
- Sachpolitik steht vor Partei und Fraktionsraison

Die DPD bzw. ihre Vorgänger stehen in der Tradition der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der württembergischen Demokratischen Volkspartei. Das Grundgesetz bildet die Basis für ihre Politik. Dazu gehört allerdings die Ausgestaltung im liberalen und freiheitlichen Sinn. Die die Politik gestaltenden Frauen und Männer haben dabei eine besondere Verantwortung.

Dazu gehört als wichtigste Voraussetzung moralische Integrität. Diese entspringt der Unabhängigkeit des Denkens und Handelns. Abgelehnt wird von der DPD deshalb Zwang auf politisch Handelnde im Sinne eines „Durchpeitschens“ von vermeintlichen Sachzwängen in Koalitionen und Fraktionen. Vernünftiges Tun auf Basis des Grundgesetzes benötigt keinen äußeren Druck.

Deshalb gehört zur politischen Moral das freiwillige Angeben von wirtschaftlich bestehenden Bindungen, die einer freien Entscheidung im Einzelfall im Wege stehen könnten.

Ein Zwang zur Offenlegung privater Verhältnisse, wie es üblich geworden zu sein scheint, lehnt die DPD ab. Der Auswahl der politisch Handelnden kommt in einer Demokratie ein besonderer Rang zu. Schwätzer, Populisten und politische Opportunisten untergraben das erforderliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die von ihnen zu Wählenden. Zur politischen Moral gehört auch das stete Bewusstsein im Auftrag Vieler zu handeln. Parteiliche Egoisten verbieten sich deshalb.

Die korrumpierende Parlamentswirtschaft ist ohne Rücksicht auf Charakter, Fähigkeiten und Parteigesichtspunkte zu bekämpfen.

Die DPD wird zu allen Wahlen Prüfsteine erarbeiten. Die vor Wahlen von ihr gegebenen Versprechen werden durch ihr Handeln eingelöst werden. Deshalb verbietet die politische Moral ein Übermaß an versprochenen künftigen „Wohltaten“. Da in der Bundesrepublik Deutschland jeder ausgegebene Euro der öffentlichen Haushalte von den Bürgerinnen und Bürgern selbst aufgebracht wird, gilt vor allem ein Versprechen: das im besten Sinne Haushalten mit den finanziellen und anderen Ressourcen. Deshalb werden die Grundrechte im Sinne des Grundgesetzes als moralische Richtschnur des politischen Handelns die Grundlage verantwortlicher Politik bilden. Jeder Mandatsträger wird auf diesen moralischen Imperativ der DPD verpflichtet. Dazu gehört auch das Bewusstsein, dass politisches Handeln es erfordert, Vorbildfunktionen zu erfüllen. Die DPD wird mit ihrer Personalauswahl dafür sorgen, dass die unverzichtbare Einheit von Moral und Politik wiederhergestellt wird. Die Freiheit des Einzelnen findet so die erforderliche Beschränkung. Politik als Selbstbedienungsladen lehnt die DPD ab.

Informationelle Selbstbestimmung

Vorteile:

- Effizientere Bekämpfung von Internetseiten die nach dem Gesetz verboten sind
- Vertrauensvoller und kontrollierter Umgang mit EDV-Daten
- Keine Zensur von Informationen

Die DPD ist zukunftsorientiert und befasst sich auch mit dem Internet und den neuen Medien. Seit dem 01. Januar 2008 ist durch den Beschluss der CDU/CSU und der SPD das „Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen, sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“ in Kraft getreten. Allgemein bekannt als "Vorratsdatenspeicherung". Die "Vorratsdatenspeicherung" bedeutet, dass eine Speicherung der Daten aller Kommunikationsteilnehmer für einen Zeitraum von 6 Monaten stattfinden muss. Dies schließt andere Kommunikationsnetze wie E-mail, Handy und Festnetz ein. Anonymisierungsdienste sind seither verboten.

Wir von der DPD stehen diesem Gesetz positiv gegenüber. Wir verweisen jedoch auch auf den Datenmissbrauch der dadurch stattfinden könnte.

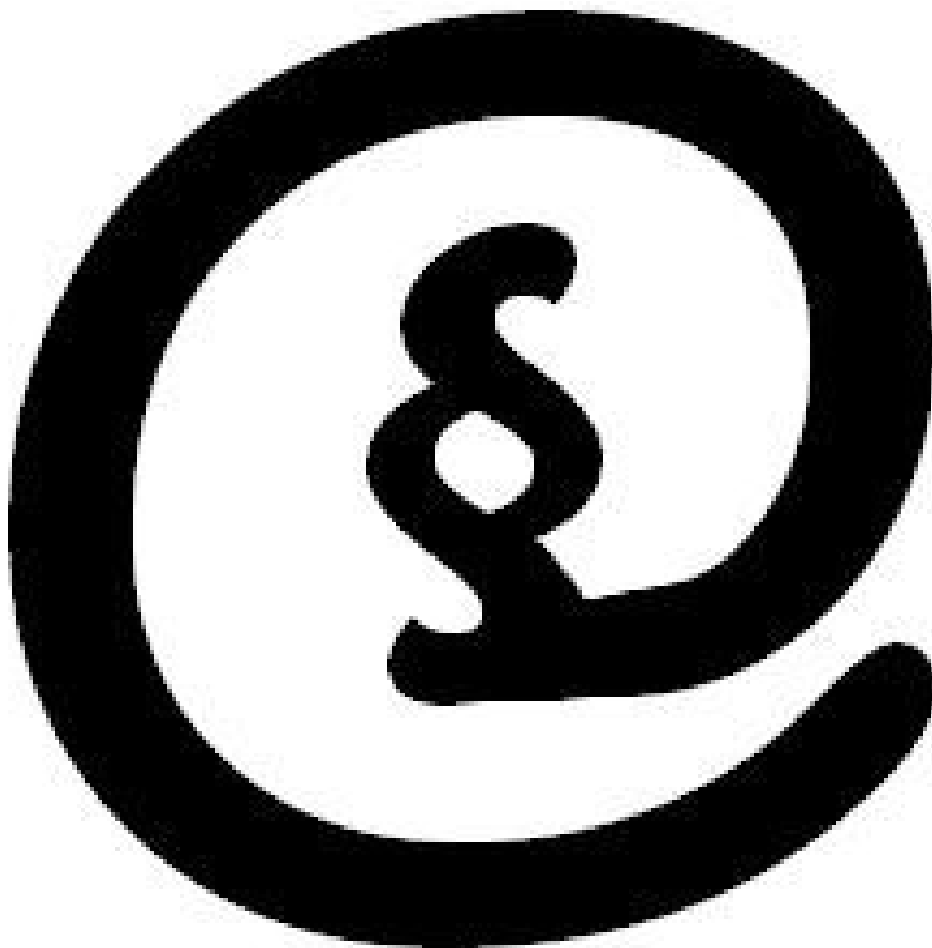
Wir sind dafür, dass jeder Server Logfiles schreibt und bis zu 6 Monate speichert, diese jedoch nach dem 6. Monat automatisch gelöscht werden. Anonymisierungsdienste sind grundsätzlich zu verbieten. Anonymisieren ist vergleichbar mit Vermummen. Und das ist in Deutschland bereits verboten.

Wir sind auch dafür, dass bestimmte Behörden in Deutschland das Recht haben sollen "Online-Durchsuchungen" durchzuführen. Dies ist natürlich nur dann sinnvoll, wenn die zu überwachende Person davon nichts weiß.

Um jedoch den Datenmissbrauch einzuschränken und um die Sicherheit der Staatsbürger zu gewährleisten sind "Online-Durchsuchungen", die zu keinem Ergebnis geführt haben, dem Betroffenen nach Abschluss der Durchsuchung anzuzeigen. Dies ist wichtig, damit der Betroffene die Sicherheit seines PC's wieder herstellen kann und damit kein weiterer Datenmissbrauch stattfinden kann. Desweiteren sind diese "Online-Durchsuchungen" zu protokollieren.

Die DPD kämpft auch dafür, die Zensur im Internet zu beenden. Jeder hat ein Recht auf freie Meinungsbildung, das bedeutet auch, dass jeder freien Zugang zu Informationen haben muss. Im Gegensatz zu der heutigen Regierung wollen wir keine "Stopp" Seite auf illegalen Internetseiten. Dies wäre ein Zensur und ist in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar. Vielmehr sollten die Behörden die Betreiber solcher Seiten belangen. Um dies zu gewährleisten sollte eine weltweite Charta stattfinden, in der sich alle Länder, die Zugang zum Internet haben wollen, einen "Verhaltenscodex für das Internet" ausarbeiten und verifizieren. Länder die dieser Abmachung nicht zustimmen sind vom Internet auszuschließen.

Informationen die im Internet erhältlich sind dürfen von keiner Behörde und auch von keiner anderen Institution der Bevölkerung vorenthalten werden. Es ist nicht sinnvoll kritische Stimmen, unrechtmäßige Verschwörungen oder kriminelle Handlungen im Internet mit einem Stoppschild zu versehen. Mit wenigen Mausklicks kann man diese Sperren ohnehin umgehen. Von daher sollte man das Problem an der Wurzel packen - sofern es eine rechtliche Grundlage gibt - und nicht Deutschland unter eine "Käseglocke" stellen. Mit den jetzigen Maßnahmen werden illegale Seiten nicht bekämpft, sondern es wird eine Vorselektion seitens der Behörden durchgeführt. Dies ist mit unserem Rechtssystem nicht vereinbar, und wer es so beibehält wie es ist, der entfernt unseren Rechtsstaat von seiner Basis.



Neue Drogenpolitik

Vorteile:

- | Weniger Drogenkriminalität
- | Weniger Folgekosten durch verunreinigte Drogen für das Gesundheitssystem
- | Austrocknung des illegalen Drogenmarktes
- | Höhere Aufklärungsquote der Bürger über Suchtmittel

Die Demokratische Partei Deutschlands will neue Wege in der Drogenpolitik gehen. Hierzu sind umfassende gesetzliche Regelungen zu schaffen. Wir fordern keine Legalisierung, sondern eine Entkriminalisierung von Drogen und eine bessere medizinische und psychologische Betreuung für schwerste Fälle. Der illegale Handel soll konsequenter verfolgt und verurteilt werden.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Bekämpfung von Drogen durch gesetzliche Verbote nicht erfolgreich ist und auch nicht erfolgreich werden kann. Zum anderen steht noch die Frage im Raum, was Drogen eigentlich sind. In der Gesellschaft werden Drogen allgemein mit LSD, Kokain, Heroin, Crack, Cannabis, Speed, Cristal etc. verbunden. Aus medizinischer Sicht ist dies jedoch nur eine Halbwahrheit. Selbst Schokolade, Kaffee, Tee, Zigaretten und Alkohol sind Drogen. Wir unterscheiden deshalb Drogen in 3 Problemstufen:

1. Drogen, die nur in sehr großen Mengen eine berauschende Wirkung hervorrufen. Tafelschokolade enthält z.B. den Stoff Anandamid der auch in THC enthalten ist. Daher werden auch die gleichen Hirnregionen angesprochen. Man müsste jedoch kiloweise Tafelschokolade verzehren um eine Wirkung zu erzielen. In diese Kategorie fallen noch Kaffee, Tee (Kräuter), Mohn, Safran, Muskat (Gewürze) etc..

2. Drogen, die in kleinen Mengen wirken, jedoch nicht körperlich abhängig machen. Darunter fallen Cannabis, Haschisch, Zigaretten etc.. Diese Drogen wirken in kleinsten Mengen, machen jedoch bei bewusstem Konsum nicht körperlich abhängig. Diese Drogen können durch einmaligen Genuss nicht zum Tode führen.

3. Drogen, die in kleinsten Mengen körperliche Schäden verursachen, körperlich abhängig machen oder zum Tode führen können. Darunter fallen Alkohol, Heroin, Crack, LSD, Speed, Cristal, Kokain etc..

Nach diesem Schema würden wir zwar die Drogen gerne unterteilen, jedoch sollten noch andere Faktoren hinzugezogen werden, so dass man jede Droge spezifisch behandeln muss.



Drogen die wir unter Punkt 1 definiert haben sollten unserer Meinung nach auf dem freien Markt handelbar sein. Die heutige Handhabung für frei verkäufliche Arzneimittel ist beizubehalten.

Drogen die wir unter Punkt 2 definiert haben, sollen unter staatlicher Kontrolle vertrieben werden - nach dem Vorbild der Niederlande und der Stadt Kopenhagen. Dadurch können Steuermehreinnahmen erzielt werden. Jedoch fordern wir auch einen staatlich kontrollierten Anbau. Dadurch ist gesichert, dass in diesen Drogen keine Verunreinigungen enthalten sind, die hohe Kosten für das Gesundheitssystem verursachen können. Für den Verkauf sind die Regelungen des Jugendschutzgesetzes anzuwenden. Gesetzliche Regelungen zum Anbau, Vertrieb und Konsum sind eindeutig zu definieren. Verstöße gegen diese gesetzlichen Regelungen sollen konsequenter geahndet werden.

Drogen, die wir unter Punkt 3 aufgeführt haben, sollen nur unter medizinischer Aufsicht zum Zwecke einer Therapie verabreicht werden. Ziel muss es sein diese Personen von der Droge zu befreien. Ein guter Anfang ist das umstrittene Drogenprojekt der Stadt Frankfurt „Frankfurter Weg“. Hier werden ambulante Medizinbetreuung, ein mobiler Spriztentausch und mehr als 300 Notschlafstellen angeboten. Für Junkies, die ein menschenwürdigeres Leben brauchen, werden Duschkmöglichkeiten und Kleiderkammern bis hin zur sozialen Betreuung geboten. Ein Methadon-Programm ist mit inbegriffen. Dieses Methadon-Programm soll in schwersten Fällen auch als Dauerlösung angeboten werden. Da dies sehr kostenaufwendig ist, muss es Ziel sein die Personen schnellstmöglich von diesen Drogen zu befreien. Der Handel dieser Drogen muss aufs Schärfste bekämpft und bestraft werden.

Insgesamt würde durch den verringerten illegalen Drogenhandel die Drogenkriminalität rapide sinken und die Polizei und Gerichte könnten sich wichtigeren Themen widmen. Abhängige müssen sich keine Gedanken mehr machen wo sie Drogen herbekommen und es würde sich für Drogendealer nicht mehr lohnen mit Drogen zu handeln, wenn der Staat das Monopol übernimmt. Ein positiver Nebeneffekt wären neue krisensichere Jobs und die Austrocknung des illegalen Drogenmarkts.

Eins muss jedem bewusst sein, Drogen sind durch Verbote bis heute nicht verschwunden. In einigen Ländern werden Menschen wegen Drogenbesitz zur Todesstrafe verurteilt. Dennoch existiert auch dort noch der Drogenhandel.

Neue Staatsbürgerschaft

Vorteile:

- Neuordnung der Gesellschaft durch eine neue Geisteshaltung
- Neues „Wir“-Gefühl
- Keine doppelte Staatsbürgerschaft
- Klares Bekenntnis zum Staat und zur Verfassung

Es wird die Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Bürger und Einwohner auf Grund des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Menschen zu einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft gefordert. Staatsbürger soll nur sein, wer in Deutschland registriert und wohnhaft ist. Auf Konfession soll keine Rücksicht genommen werden.

Staatsbürger soll nicht sein, wer nicht in Deutschland registriert und wohnhaft ist. Jeder Staatsbürger soll die gleichen Rechte und Pflichten haben. Wer nicht Staatsbürger ist, soll sich genauso an Recht und Ordnung halten wie die Staatsbürger. Bei Verstößen gegen das hier geltende Recht soll der Beschuldigte ohne Rücksichtnahme seiner Herkunft nach diesem Recht bestraft werden.

Laut unserem Programm forcieren wir eine neue Staatsbürgerschaft für alle in Deutschland lebenden Bürger und Einwohner auf Grund des Selbstbestimmungsrechts (Artikel 2 Abs. 1, Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz). Die Staatsbürgerschaft soll sich auf Artikel 116 im Grundgesetz berufen, dort steht geschrieben:

Art 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Die gesetzlichen Regelungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, der Einreisebestimmungen und der Aufenthaltsbestimmungen unserer bisherigen Regierungen sind nicht nachvollziehbar. Um eine klare Linie und Definition zu schaffen wer Staatsbürger der BRD ist wird eine Abschaffung der Unterteilung in Bürger und Einwohner gefordert.



Die Unterteilung verstößt ohnehin gegen Artikel 3 Abs. 3

Grundgesetz, da beide die gleichen Pflichten, aber nicht die gleichen Rechte besitzen.

Um die Unterteilung zu beseitigen bedarf es einer umfassenden Maßnahme wobei alle heutigen Bürger im In- und Ausland aufgefordert werden ihren 1. Wohnsitz in Deutschland zu melden. Bürger die bereits in Deutschland registriert waren, sind Staatsbürger. Deutsche die im Ausland wohnen und ihren 1. Wohnsitz nicht mehr in Deutschland haben wollen, werden aufgefordert die Staatsbürgerschaft des Landes anzunehmen, in welchem sie wohnhaft sind.

Den in Deutschland lebenden Einwohner mit nicht deutscher Staatszugehörigkeit wird angeboten die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Bei Annahme der Staatsbürgerschaft gibt der Einwohner die Staatsbürgerschaft seines alten Heimatlandes ab und erhält alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers. Als Staatsbürger muss er nun auch den Pflichten eines deutschen Staatsbürgers nachkommen.

Einwohner, die die Staatsbürgerschaft nicht annehmen wollen, werden nach Beendigung der Tätigkeit, aufgrund der sie sich in Deutschland aufhalten, aufgefordert in ihre Heimat zurückzukehren.

Gastarbeiter oder Arbeiter aus anderen Nationen sollen laut unserem Programm nur noch in bestimmten Fällen eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland erhalten. Eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis soll nur noch erteilt werden wenn es in Deutschland keine vergleichbar fachlich geeignete Arbeitskraft gibt. Die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung soll an die Bedingung geknüpft werden, dass der Gastarbeiter sein Fachwissen weiter gibt. Die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung soll solange andauern bis ein Staatsbürger oder eine Staatsbürgerin die gleichen Fachkenntnis wie der Gastarbeiter besitzt. Dies wäre zudem eine sinnvolle Initiative für den Ausbildungspakt der Regierung mit der Industrie.

Gäste sind und bleiben laut unserem Programm Gäste wie sie es bisher waren - auch mit den gleichen Rechten und Pflichten. Jedoch fordern wir neue Einreisebestimmungen. Es soll gesichert werden das Gäste bereits im Vorfeld in ihren Heimatländern auf die deutsche Gesetzgebung hingewiesen werden. Begeht ein Gast einen Verstoß gegen das hier geltende Recht, wird er auch nach dem hier geltendem Recht bestraft. Geldstrafen müssen vor der Ausreise beglichen werden, bei Haftstrafen wird der Gast sofort in sein Heimatland ausgewiesen. Für die Dauer der Haftstrafe die der Gast nach hier geltenden Recht erhalten hätte, wird ein Einreiseverbot erteilt. Bei schweren Vergehen wird ein lebenslanges Einreiseverbot ausgesprochen.

Politische Flüchtlinge und Asylsuchende werden bis zum Ende der Bedrohung in ihrem Heimatland - jedoch nur bis zu einer maximalen Zeit von 10 Jahren - geduldet. Bei Beendigung der Bedrohung vor Ablauf der 10 Jahresfrist wird der Hilfesuchende nach eine Kulanzfrist ausgewiesen. Sollte die Bedrohung länger als 10 Jahre andauern wird dem Hilfesuchenden die Staatsbürgerschaft angeboten mit allen Rechten und Pflichten. Politische Flüchtlinge und Asylanter, die in ihrem Heimatland durch eine Handlung die auch in Deutschland strafbar ist verfolgt werden, sollen in Deutschland keine Duldung erhalten.